



Aydan Özoğuz

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 71801

Fax 030 227 76567

E-Mail: aydan.oezoguz@bundestag.de

Hamburg, 29. November 2009

## **Vor der Innenministerkonferenz in der nächsten Woche SPD fordert: Hamburg muss beim Bleiberecht Flagge zeigen!**

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz in der kommenden Woche haben die SPD-Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz und der Hamburger SPD-Innenexperte Andreas Dressel den CDU-Innensenator Ahlhaus aufgefordert, „sich endlich entschieden auf Bundesebene für eine humane Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländer einzusetzen“, wie die Abgeordneten am Wochenende erklärten: „Hamburg muss als tolerante und weltoffene Stadt hier ein bundesweites Zeichen setzen. Bisher hat Schwarz-Grün sich bei diesem Thema selbst blockiert. Das war und ist unanständig.“

Hintergrund: Auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz in der kommenden Woche steht auch die Frage des Bleiberechts für geduldete Ausländer. Nach der aktuellen Regelung bekommen nur solche geduldete Flüchtlinge eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis, die bis zum Jahresende den Nachweis erbringen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Ende Dezember 2009 läuft diese sogenannte Altfallregelung aus – ohne dass sich eine konkrete Nachfolgeregelung abzeichnet.

"Es ist eigentlich unerträglich", so Dressel, "dass in einer für die Betroffenen so essentiellen Frage immer noch keine Klarheit geschaffen worden ist." Es gehe um deren Lebensperspektive und um die Frage, wo sie und ihre Familien zukünftig ihren Lebensmittelpunkt haben. Besonders für die Kinder und Jugendlichen sei eine klare Lebensperspektive wichtig. Während der Innenministerkonferenz (IMK) im Frühjahr 2009 hatten sich die Innenminister und –senatoren der CDU-regierten Länder noch nicht zu einer Regelung durchringen können, obwohl Vorschläge auf dem Tisch lagen. Sie hätten das Problem auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben, erläuterten die beiden Abgeordneten: „Dass Schwarz-Grün dieses Spiel auf dem Rücken der Betroffenen mitgemacht hat, war unverantwortlich.“ Einen entsprechenden Bürgerschaftsantrag (siehe

Pressemitteilung



Aydan Özoğuz

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 71801

Fax 030 227 76567

E-Mail: [aydan.oezoguz@bundestag.de](mailto:aydan.oezoguz@bundestag.de)

Anlage) hatte Schwarz-Grün in der Bürgerschaft abgelehnt.

Özoguz, die jetzt im Bundestag als stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss auch mit der Thematik befasst ist appelliert eindringlich an Schwarz-Grün: „Der Anstand gebietet es, diesen Menschen endlich eine echte Perspektive zu geben. Menschen, die in ihre Heimat nicht zurückkehren können, brauchen erfüllbare Anforderungen und keine jahrelangen frustrierende und sinnlose Hängepartien.“

Pressemitteilung